

STATISTISCHES  
BUNDESAMT  
WIESBADEN

FACHSERIE L

# FINANZEN UND STEUERN

Reihe 1

Haushaltswirtschaft von Bund, Ländern und Gemeinden

IV. Finanzausgleich

**Allgemeine Finanzausweisungen und Umlagen  
der Gemeinden**

**1972**



Bestellnummer: 300141 — 720000

VERLAG W. KOHLHAMMER, STUTTGART UND MAINZ

## Inhalt

	Seite
Vorbemerkung .....	3
Erläuterungen .....	4
T a b e l l e n t e i l	
I. Ergebnisse für das Jahr 1972	
1. Kassenmäßige Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände aus allgemeinen Finanzausweisungen .....	11
2. Kassenmäßige Einnahmen der kreisangehörigen Gemeinden und Ämter aus allgemeinen Finanzausweisungen nach Gemeindegrößenklassen .....	12
3. Kassenmäßige Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände aus "übrigen allgemeinen Finanzausweisungen" nach Art der Finanzausweisung .....	13
4. Kassenmäßige Einnahmen aus allgemeinen Umlagen .....	14
5. Kassenmäßige Ausgaben für Landesumlagen .....	14
II. Vergleich mit Vorjahren	
1. Kassenmäßige Einnahmen aus allgemeinen Finanzausweisungen .....	15
2. Kassenmäßige Einnahmen aus allgemeinen Umlagen .....	16
3. Kassenmäßige Ausgaben für Landesumlagen .....	16

Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet  
ohne Berlin und die Hansestädte.

### Zeichenerklärung

- = nichts vorhanden
- . = kein Nachweis vorhanden

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen

Erschienen im Oktober 1973

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet

Preis: DM 1,-

Ergebnisse der Länder in tieferer regionaler Gliederung werden in den "Statistischen Berichten" der Statistischen Landesämter mit der Kennziffer L I 2 veröffentlicht.

### Vorbemerkung

In der vorliegenden Veröffentlichung sind die zu Jahressummen zusammengefaßten Ergebnisse der Vierteljahresstatistik der Kommunalfinanzen über allgemeine Finanzausgleichszuweisungen und Umlagen der Gemeinden und Gemeindeverbände des Bundesgebietes für das Jahr 1972 zusammengestellt.

Rechtsgrundlagen für die "Allgemeinen Finanzausgleichszuweisungen" und "Umlagen" sind die Finanzausgleichsgesetze der Länder. 1972 haben vier Länder (Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Bayern) ihre Finanzbeziehungen zu den Kommunen gesetzlich neu geregelt. Die Änderungen betrafen in der Hauptsache die Bestimmungen über die Verwaltungs- und Gebietsreform, während in Rheinland-Pfalz der Ausgleich der Schullasten der Landkreise, die bisher durch einen Ergänzungsansatz bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen berücksichtigt wurden, eine neue Grundlage erhielt.

Zwischen den Finanzausgleichsmaßnahmen der einzelnen Länder bestehen erhebliche Unterschiede, so daß die Höhe der allgemeinen Finanzausgleichszuweisungen allein keinen Maßstab für die staatliche Hilfe an die Gemeinden darstellt. Aus diesem Grunde führt ein Ländervergleich zu keinen aussagefähigen Ergebnissen. Bei der Verwendung der Ergebnisse ist besonders zu beachten, daß einerseits aus der Verbundmasse auch zweckgebundene Zuweisungen im Sinne der Finanzstatistik gegeben und andererseits aus Mitteln außerhalb der Verbundmasse (Kraftfahrzeugsteuer, Grunderwerbsteuer) allgemeine Finanzausgleichszuweisungen gewährt werden.

Zur Erläuterung der Ergebnisse sind nachstehend die wichtigsten Änderungen in den Finanzausgleichsregelungen der einzelnen Länder zusammengestellt.

## Erläuterungen

### Nordrhein-Westfalen

#### 1. Gesetzliche Grundlagen:

Neufassung des Finanzausgleichsgesetzes vom 21. Dezember 1971 (GVBl. S. 538 ff.)

#### 2. Verbundsatz:

Erhöht auf 28 %

#### 3. Verbundmasse:

Unverändert

#### 4. Verteilung:

a) Der Ausgleichsbetrag aus der Abrechnung des Ausgleichsjahres 1971 dient zur Verstärkung der Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden (50 % des Betrages) sowie der Zuweisungen für den Städtebau (25 %) und das Schulbauprogramm (25 %). Die Verstärkungsanteile für Schlüsselzuweisungen an die Landkreise und Landschaftsverbände entfallen.

b) Die Verteilung der Verbundmasse hat sich sowohl bei den allgemeinen als auch bei den zweckgebundenen Finanzausweisungen geringfügig verändert.

Für Gemeinden, deren Anteil an der Einkommensteuer wegen der Neufestsetzung der Schlüsselzahl im Jahr 1972 zurückgegangen ist, werden Mittel für einmalige Sonderhilfen in Höhe von 50,55 Mill.DM aus der Verbundmasse bereitgestellt.

c) S c h l ü s s e l z u w e i s u n g e n

##### Gemeinden

##### Ausgangsmeßzahl:

##### Hauptansatz:

Unverändert

##### Schüleransatz:

Der Ansatz der Schülerzahl hat sich bei den Grundschulen und nichtgegliederten Volksschulen, den Sonderschulen, den Gymnasien, den Berufsfachschulen und Fachschulen sowie den Gesamtschulen gegenüber dem Vorjahr verringert.

Erhöhung des gestaffelten Schüleransatzes in allen Größenklassen.

Steuerkraftmeßzahl:

Unverändert

Landkreise

Erhöhung der Mindestgarantie für die Schlüsselzuweisungen an die Landkreise auf 90 % der Ausgangsmeßzahl.

Ausgangsmeßzahl:

Erhöhung des Schüleransatzes auf 407 % der Schülerzahl.

- d) Erhöhung der Zuweisungen aus dem Ausgleichsstock an die Gemeinden im Raum Bonn, die durch die Dienststellen des Bundes in besonderem Maße belastet werden, auf bis zu 12 000 DM.
- e) Erhöhung des nach der Einwohnerzahl zu bemessenden Zuschusses an die Kreise und kreisfreien Städte für die Kosten der Auftragsaufgaben nach § 15 Abs. 2 FAG als auch der von den Kreisen an die kreisangehörigen Gemeinden weiterzuleitenden Anteile.

Hessen

1. Gesetzliche Grundlagen:

7. Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes vom 2. Mai 1972 (GVBl. S. 100 ff.)

Neufassung des Finanzausgleichsgesetzes vom 10. Mai 1972 (GVBl. S. 109 ff.)

2. Verbundsatz:

Unverändert 23 %

3. Verbundmasse:

Unverändert

4. Verteilung:

- a) Erstmals werden aus der "Allgemeinen Steuerverbundmasse" Mittel für eine Sonderzuweisung an die Landeshauptstadt Wiesbaden zum Ausgleich ihrer besonderen Lasten bereitgestellt.

Der Anteil der Zuweisungen zum Schullastenausgleich, die 1972 auch den kreisfreien Städten zufließen, hat sich auf 13 % erhöht.

b) Schlüsselszuweisungen

Gemeinden

Ausgangsmeßzahl:

Hauptansatz:

Unverändert

Ergänzungsansatz für Bevölkerungszusammensetzung:

Bei der Berechnung werden nur noch die Kinder und Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr berücksichtigt. Der Ansatz beträgt 5/10 des 15 % übersteigenden Hundertsatzes dieses Personenkreises, gemessen an der gesamten Einwohnerzahl. Der Ansatz für Beschäftigte bei Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen in Gemeinden über 3 000 Einwohnern entfällt.

Steuerkraftmeßzahl:

Die Steuerkraftmeßzahl des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer wird auf 75 % des Soll-Betrages erhöht.

Kreise

Ausgangsmeßzahl:

Der Hauptansatz sinkt bei Gemeinden mit 3 000 und weniger Einwohnern von 110 % auf 105 %, er steigt bei Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern von 90 % auf 95 % der Einwohnerzahl.

- c) Die Zuweisung an den Landesausgleichsstock wird auf 43 Mill.DM erhöht.

Rheinland-Pfalz

1. Gesetzliche Grundlagen:

Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes vom 6. Juni 1972 (GVBl. S. 199 ff.)

Neufassung des Finanzausgleichsgesetzes vom 6. Juli 1972 (GVBl. S. 243 ff.)

2. Verbundsatz:

Unverändert 21 %

### 3. Verbundmasse:

Unverändert

### 4. Verteilung:

- a) Zuweisungen aus dem Investitionsstock werden nicht mehr als zweckgebundene, sondern als allgemeine Finanzzuweisungen gewährt.
- b) Im Rahmen des Steuerverbundes werden erstmals auch zweckgebundene Zuweisungen für die Abfallbeseitigung nach diesem Gesetz gewährt.
- c) Die Mindestgarantie für die zweckgebundenen Zuweisungen für die Unterhaltung und den Bau von Straßen sowie verkehrswirtschaftliche Investitionen im öffentlichen Personennahverkehr beträgt statt bisher 38 % nur noch 35 % des Aufkommens der Kraftfahrzeugsteuer.
- d) S c h l ü s s e l z u w e i s u n g e n

#### Kreisangehörige Gemeinden

Erhöhung des Anteils der Verbandsgemeinden an den Schlüsselzuweisungen der kreisangehörigen Gemeinden auf 20 % und der Mindestschlüsselzuweisungen für die kreisangehörigen Gemeinden auf 10 DM je Einwohner.

Bei der Berechnung der Höhe der Schlüsselzuweisungen für Gemeindezusammenlegungen bleiben die den betreffenden Gemeinden vor der Zusammenlegung gewährten Mindestschlüsselzuweisungen außer acht.

#### Ausgangsmeßzahl:

##### Hauptansatz:

Unverändert

##### Grenzlandansatz:

Gesenkt auf 15 % der absoluten Zahl des Hauptansatzes

#### Steuerkraftmeßzahl:

Die Bestimmungen über die Gewerbesteuerzuschüsse entfallen. Bei der Berechnung sind erstmals Abführungen von Teilen des Steueraufkommens infolge von Gebietsänderungen zu berücksichtigen.

#### Kreisfreie und große kreisangehörige Städte

Die Mindestschlüsselzuweisungen an große kreisangehörige Städte werden auf 10 DM je Einwohner, die an kreisfreie Städte auf 12 DM je Einwohner erhöht.

### Landkreise

Aus der Schlüsselmasse der Landkreise werden vorweg 13 % für den Schullastenausgleich an die Landkreise entnommen, die durch Ausgaben für höhere Schulen, Realschulen und berufsbildende Schulen besonders belastet sind.

### Ausgangsmeßzahl:

#### Hauptansatz:

Unverändert

#### Grenzlandansatz:

Gesenkt auf 15 % der absoluten Zahl des Hauptansatzes

#### Ergänzungsansatz:

Entfällt für Landkreise mit höheren Schulen oder Realschulen, da die höhere Belastung im Rahmen des Schullastenausgleichs berücksichtigt wird.

### e) Investitionsstock

Die Bestimmungen über den Investitionsstock sind im Rahmen des allgemeinen Finanzausgleichs geregelt.

### f) Kreisumlagen

Bei der Ermittlung der Umlagegrundlagen bleibt der den Verbandsgemeinden zufließende Anteil an den Schlüsselzuweisungen der kreisangehörigen Gemeinden ebenfalls außer acht.

## Bayern

### 1. Gesetzliche Grundlagen:

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Finanzausgleich vom 10. Juli 1972 (GVBl. S. 254 ff.)

### 2. Verbundsatz:

Unverändert 1/9

### 3. Verbundmasse:

Unverändert

#### 4. Verteilung:

- a) Die Mittel zur Förderung von Gemeindezusammenlegungen und Verwaltungsgemeinschaften sind erstmals der Anteilsmasse zu entnehmen.
- b) Schlüsselzuweisungen

##### Gemeinden

Der erhöhte Ausgangsbetrag für die Sonderschlüsselzuweisungen bei Gemeindezusammenlegungen ist nunmehr in allen Fällen anzusetzen, bei denen die Zusammenlegung bis einschl. 1. Januar 1972 von den Gemeinderäten der beteiligten Gemeinden beschlossen worden und bis 1. Januar 1974 in Kraft getreten ist. Bei allen übrigen Zusammenlegungen wird der Ausgangsbetrag in Höhe von 50 % der Schlüsselzuweisungen, die die aufgenommenen Gemeinden im Durchschnitt der letzten drei Jahre vor der Zusammenlegung nach Art. 2 und 3 des FAG erhalten haben, angesetzt.

Der Ausgangsbetrag wird nicht mehr mit von Jahr zu Jahr sinkenden Prozentsätzen, sondern in vollem Umfang ausbezahlt. Sonderschlüsselzuweisungen werden auch für die Zusammenlegungen gewährt, die bis einschließlich 15. April 1971 beschlossen worden sind und bis einschl. 1. Januar 1974 in Kraft treten.

##### Landkreise

Bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen der Landkreise wird für den Hauptansatz eine Mindestgarantie in Höhe des Ansatzes für das Jahr 1970 gewährt.

- c) Die von den Landkreisen an die kreisangehörigen Gemeinden weitergeleiteten Anteilbeträge an den Zuweisungseinnahmen der Landkreise nach Art. 7 FAG (Ersatz von Verwaltungsaufwendungen für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises sowie für die Staatsbehörde Landratsamt) als auch die durchschnittliche Mindestgarantie dieser Zuweisungen werden um 0,50 DM je Einwohner erhöht. Bei Gemeinden, die einer Verwaltungsgemeinschaft angehören, ist für die Bemessung der Anteilbeträge von der Einwohnerzahl der Verwaltungsgemeinschaft auszugehen. Die Anteilbeträge sind vom Landkreis unmittelbar an die Verwaltungsgemeinschaft abzuführen.

Die Zuweisungen des Landes an die kreisfreien Städte nach Art. 7 FAG haben um 1,00 DM je Einwohner zugenommen.

- d) Bedarfszuweisungen werden erstmals auch zum Ausgleich von Härten gewährt, die sich im Zuge der Gebietsreform ergeben.

## Saarland

### 1. Gesetzliche Grundlage:

Gesetz zur Änderung des Kommunalfinanzausgleichsgesetzes vom 3. November 1971 (Amtsblatt S. 765 ff.)

### 2. Verbundsatz:

Unverändert 23,5 %

### 3. Verbundmasse:

Unverändert

### 4. Verteilung:

S c h l ü s s e l z u w e i s u n g e n

#### Ergänzungsansatz für zentrale Orte

Die Festlegung der Gemeinden, die den Ergänzungsansatz für zentrale Orte erhalten, erfolgt auch für die Jahre 1971 und 1972 durch Rechtsverordnung der Landesregierung, sofern bis zum 30. September des jeweiligen Ausgleichsjahres ein Raumordnungsplan nicht erlassen ist.

# T a b e l l e n t e i l

## I. Ergebnisse für das Jahr 1972

### 1. Kassenmäßige Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände aus allgemeinen Finanzaufweisungen

1 000 DM

Art der Finanzaufweisung	Ins- gesamt	Schles- wig- Hol- stein	Nieder- sachsen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saarland
Gemeinden und Gemeindeverbände									
Schlüsselzuweisungen .....	6 729 194	311 221	848 994	2 497 267	538 888	307 523	1 321 840	721 531	181 931
Bedarfszuweisungen aus dem Ausgleichstock (-fonds) .....	198 549	-	14 029	39 641	37 834	28 875	53 412	13 106	11 652
sonstige .....	3 758	-	-	-	3 758	-	-	-	-
Übrige allgemeine Finanzauf- weisungen 1) .....	1 797 186	120 526	351 364	577 860	139 592	27 553 <sup>b)</sup>	275 336	304 954	-
Insgesamt ...	8 728 687	431 747	1 214 386 <sup>a)</sup>	3 114 768	720 072	363 952	1 650 588	1 039 591	193 584
Kreisfreie Städte									
Schlüsselzuweisungen .....	1 219 617	62 812	121 543	684 880	103 070	48 101	153 311	29 693	16 208
Bedarfszuweisungen aus dem Ausgleichstock (-fonds) .....	57 116	-	1 376	10 894	22 997	9 435	297	3 453	8 664
sonstige .....	18	-	-	-	18	-	-	-	-
Übrige allgemeine Finanzauf- weisungen .....	564 842	31 628	69 367	300 669	25 061	-	61 188	76 928	-
Insgesamt ...	1 841 593	94 441	192 286	996 443	151 145	57 536	214 796	110 074	24 872
Kreisangehörige Gemeinden, Ämter und Verbandsgemeinden									
Schlüsselzuweisungen .....	3 759 087	160 130	492 480	1 195 393	222 685	146 685	946 150	456 367	139 198
Bedarfszuweisungen aus dem Ausgleichstock (-fonds) .....	126 718	-	11 253	28 747	6 400	15 990	53 105	9 468	1 755
sonstige .....	3 740	-	-	-	3 740	-	-	-	-
Übrige allgemeine Finanzauf- weisungen .....	448 720	86 684	126 283	138 551	-	5 185 <sup>b)</sup>	7 627	84 389	-
Insgesamt ...	4 338 266	246 815	630 016	1 362 690	232 825	167 861	1 006 882	550 224	140 952

1) Aufteilung vgl. Tabelle I.3.

a) Nach Abzug der Finanzaufweisungsausgaben der Landkreise an ihre Gemeinden, - b) Einschluß Grundsteuerausfallentschädigungen.

# I. Ergebnisse für das Jahr 1972

## 1. Kassenmäßige Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände aus allgemeinen Finanzausweisungen

1 000 DM

Art der Finanzausweisung	Insgesamt	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland
Landkreise									
Schlüsselausweisungen .....	1 406 963	88 278	234 971	321 596	213 133	112 737	174 252	235 470	26 526
Bedarfsausweisungen aus dem Ausgleichsstock (-fonds) .....	14 715	-	1 400	-	8 438	3 450	10	185	1 233
sonstige .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Übrige allgemeine Finanzausweisungen .....	697 890	2 214	155 713	138 640	38 354	12 811	206 521	143 637	-
Insgesamt ...	2 119 568	90 491	392 084 <sup>a)</sup>	460 236	259 925	128 997	380 783	379 292	27 759

Art der Finanzausweisung	Insgesamt	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg
Bezirksverbände					
Schlüsselausweisungen .....	343 526	295 398	-	-	48 127
Übrige allgemeine Finanzausweisungen .....	85 734	-	76 177	9 557	-
Insgesamt ...	429 260	295 398	76 177	9 557	48 127

a) Nach Abzug der Finanzausweisungsausgaben der Landkreise an ihre Gemeinden.

## 2. Kassenmäßige Einnahmen der kreisangehörigen Gemeinden und Ämter aus allgemeinen Finanzausweisungen nach Gemeindegrößenklassen

1 000 DM

Art der Gebietskörperschaft	Art der Finanzausweisung				
	insgesamt	Schlüsselausweisungen	Bedarfsausweisungen		Übrige allgemeine Finanzausweisungen
			aus dem Ausgleichsstock	sonstige	
Gemeindegrößenklasse (mit ... bis unter ... Einwohnern)					
Kreisangehörige Gemeinden					
10 000 und mehr .....	1 865 175	1 597 019	40 407	1 345	226 403
3 000 - 10 000 .....	1 170 124	1 046 711	41 511	1 691	80 211
weniger als 3 000 .....	1 240 165	1 084 162	44 530	704	110 769
darunter weniger als 1 000 .....	510 393	424 905	19 923	146	65 419
Ämter und Verbandsgemeinden	62 803	31 195	270	-	31 338
Insgesamt ...	4 338 266	3 759 087	126 718	3 740	448 720

## I. Ergebnisse für das Jahr 1972

3. Kassenmäßige Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände  
aus "übrigen allgemeinen Finanzaufweisungen"  
nach Art der Finanzaufweisung

1 000 DM

Land Art der Finanzaufweisung	Ins- gesamt	Kreisfreie Städte	Kreisangehörige Gemeinden, Ämter u. Verb.-Gemeinden	Land- kreise	Bezirks- verbände
<b>Schleswig-Holstein</b>					
Krankenhauslastenzuschüsse .....	6 779	2 866	1 699	2 214	-
Anteil an der Kraftfahrzeugsteuer .....	113 747	28 762	84 985	-	-
<b>Niedersachsen</b>					
Zuschüsse für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises <sup>1)</sup> .....	256 503	64 294	116 631	75 578 <sup>a)</sup>	-
Zuweisungen aus der Konzessionsabgabe von Toto und Lotto .....	4 179	522	3 657	-	-
Kreiszuweisungen an finanzschwache Gemeinden .....	-	-	3 575	- 3 575 <sup>a)</sup>	-
Zuweisungen von Oberfinanzdirektion .....	632	-	632	-	-
Sonderzuweisungen der Landkreise an Samtgemeinden .....	-	-	740	- 740 <sup>a)</sup>	-
Straßenunterhaltungszuschüsse .....	90 050	4 551	1 049	84 450	-
<b>Nordrhein-Westfalen</b>					
Zuweisungen gem. § 15 Finanzausgleichsgesetz (FAG) <sup>1)</sup> ....	577 860	300 669	138 551	138 640	-
<b>Hessen</b>					
Beitrag des Landes an den Landeswohlfahrtsverband Hessen .....	76 177	-	-	-	76 177
Zuweisungen des Landes an Grunderwerbsteuer .....	63 415	25 061	-	38 354	-
<b>Rheinland-Pfalz</b>					
Grundsteuerausfallentschädigungen .....	61	-	61	-	-
Abgeltung von Aufwendungen der Landkreise für die untere staatliche Verwaltungsbehörde gem. § 16 FAG 1) .....	12 811	-	-	12 811	-
Finanzieller Ausgleichbetrag gem. § 16 Bezirksordnung (BO) .....	9 557	-	-	-	9 557
Abgeltung von Aufwendungen der Verbandsgemeinden u. ver- bandsfreien Gemeinden infolge zusätzlicher Aufgabenüber- tragung gem. § 16 a FAG .....	5 125	-	5 125	-	-
<b>Baden-Württemberg</b>					
Zuweisungen nach § 11 Ziff. 1 FAG <sup>1)</sup> .....	97 629	36 460	7 627	53 542	-
Gebühren der Landkreise nach § 11 Ziff. 3 FAG 1) .....	85 792	-	-	85 792	-
Den Stadt- und Landkreisen überlassene Grunderwerb- steuer (§ 11 Ziff. 2 FAG) .....	91 915	24 728	-	67 187	-
<b>Bayern</b>					
Zuschüsse nach Art. 7 FAG <sup>1)</sup> .....	95 586	31 123	31 125	33 338	-
Das volle Aufkommen der vom Landratsamt als Staatsbe- hörde festgesetzten Kosten (Gebühren und Auslagen) <sup>1)</sup> ...	110 299	-	-	110 299	-
Aufkommen an Grunderwerbsteuer nach Art. 8 FAG .....	99 069	45 805	53 264	-	-
<b>Saarland</b> .....	-	-	-	-	-
<b>Insgesamt</b> ...	1 797 186 <sup>b)</sup>	564 842	448 720	697 890	85 734

1) Für Auftragsangelegenheiten.

a) Nach Abzug der Finanzaufweisungsausgaben der Landkreise an ihre Gemeinden. - b) Vgl. Tab. I. 1. (Gemeinden und Gemeindeverbände).

I. Ergebnisse für das Jahr 1972

4. Kassenmäßige Einnahmen aus allgemeinen Umlagen

1 000 DM

Land	Insgesamt	Bezirks- umlage	Kreis- umlage	Amtsumlage, Verbandsgemeinde- umlage	Sonstige Umlage
Schleswig-Holstein .....	179 598	-	135 111	44 487	-
Niedersachsen .....	663 987	-	609 860	-	54 127 <sup>a)</sup>
Nordrhein-Westfalen .....	1 928 108	737 330 <sup>b)</sup>	998 962	191 816	-
Hessen .....	455 583	162 311	293 272	-	-
Rheinland-Pfalz .....	300 525	6 958	197 895	95 672	-
Baden-Württemberg .....	773 630	301 667	471 963	-	-
Bayern .....	1 008 951	426 805	582 146	-	-
Saarland .....	101 388	-	63 586	37 802	-
Insgesamt ...	5 411 771	1 635 072	3 352 795	369 777	54 127

a) Samtgemeindeumlage. - b) Ohne Ruhrsiedlungsverbandsumlage.

5. Kassenmäßige Ausgaben für Landesumlagen

1 000 DM

Land	Insgesamt	Bezirks- verbände	Land- kreise	Kreisfreie Städte	Kreisangehörige Gemeinden
Bayern .....	87 147	87 147	-	-	-
Saarland <sup>1)</sup> .....	27 727	-	-	1 467	26 259
Insgesamt ...	114 874	87 147	-	1 467	26 259

1) Finanzausgleichsumlage.

## II. Vergleich mit Vorjahren

### 1. Kassenmäßige Einnahmen aus allgemeinen Finanzausweisungen

Art der Finanzausweisung Art der Gebietskörperschaft Gemeindegrößenklasse 1) (mit ... bis unter ... Einwohnern) Land	Jahr							
	1969		1970		1971		1972	
	Mill. DM	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) in %	Mill. DM	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) in %	Mill. DM	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) in %	Mill. DM	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) in %
Schlüsselzuweisungen .....	4 883,1	+ 13,1	5 384,6	+ 10,3	5 951,9	+ 10,5	6 729,2	+ 13,1
Alle übrigen allgemeinen Finanzausweisungen .....	1 266,5	+ 12,9	1 480,4	+ 16,9	1 641,7	+ 10,9	1 999,5	+ 21,8
Insgesamt ...	6 149,6	+ 13,1	6 865,0	+ 11,6	7 593,6	+ 10,6	8 728,7	+ 14,9
Kreisfreie Städte .....	1 298,2	+ 8,9	1 448,4	+ 11,6	1 558,8	+ 7,6	1 841,6	+ 18,1
Kreisangehörige Gemeinden, Ämter und Verbandsgemeinden .....	3 099,8	+ 13,4	3 456,1	+ 11,5	3 840,9	+ 11,1	4 338,3	+ 13,0
darunter:								
Kreisangehörige Gemeinden								
10 000 und mehr .....	859,7	+ 14,9	1 245,4	+ 44,9	1 476,5	+ 18,6	1 865,2	+ 26,3
3 000 - 10 000 .....	810,2	+ 14,5	823,1	+ 1,6	954,9	+ 16,0	1 170,1	+ 22,5
weniger als 3 000 .....	1 392,8	+ 11,9	1 349,9	- 3,1	1 367,0	+ 1,3	1 240,2	- 9,3
darunter								
weniger als 1 000 .....	650,4	+ 9,7	628,4	- 3,4	617,2	- 1,8	510,4	- 17,3
Landkreise .....	1 469,4	+ 16,7	1 642,3	+ 11,8	1 815,3	+ 10,5	2 119,6	+ 16,8
Bezirksverbände .....	282,2	+ 11,9	318,2	+ 12,8	378,5	+ 19,0	429,3	+ 13,4
Schleswig-Holstein .....	288,4	+ 12,9	335,7	+ 16,4	386,6	+ 15,2	431,7	+ 11,7
Niedersachsen <sup>2)</sup> .....	741,8	+ 26,4	894,8	+ 20,6	911,8	+ 1,9	1 214,4	+ 33,2
Nordrhein-Westfalen .....	2 204,0	+ 4,1	2 483,6	+ 12,7	2 864,2	+ 15,3	3 114,8	+ 8,7
Hessen .....	554,0	+ 13,7	601,1	+ 8,5	629,8	+ 4,8	720,1	+ 14,3
Rheinland-Pfalz .....	232,5	+ 14,5	261,9	+ 12,6	300,4	+ 14,7	364,0	+ 21,2
Baden-Württemberg .....	1 183,9	+ 25,9	1 273,9	+ 7,6	1 373,0	+ 7,8	1 650,6	+ 20,2
Bayern .....	761,3	+ 13,5	852,8	+ 12,0	939,2	+ 10,1	1 039,6	+ 10,7
Saarland .....	183,5	+ 4,1	161,3	- 12,1	188,6	+ 16,9	193,6	+ 2,7

1) Zuordnung der Gemeinden zu den Größenklassen nach der Fortschreibung der Einwohnerzahlen am 30. 6. des Berichtsjahres, 1970 auch 26. 5. - 2) Nach Abzug der Finanzausweisungsausgaben der Landkreise an ihre Gemeinden.

# II. Vergleich mit Vorjahren

## 2. Kassenmäßige Einnahmen aus allgemeinen Umlagen

Mill. DM

Art der Umlage Jahr	Insgesamt	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen <sup>1)</sup>	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Württemberg	Bayern	Saarland
<b>Bezirksumlage</b>									
1969 .....	953,8	-	-	417,6 <sup>a)</sup>	112,3	3,2	150,7	270,1	-
1970 .....	1 148,7	-	-	557,6 <sup>a)</sup>	123,3	3,6	157,6	306,5	-
1971 .....	1 433,9	-	-	677,3 <sup>a)</sup>	170,6	4,8	233,7	347,5	-
1972 .....	1 635,1	-	-	737,3 <sup>a)</sup>	162,3	7,0	301,7	426,8	-
<b>Kreisumlage</b>									
1969 .....	2 411,2	92,3	382,8	573,3	220,5	126,1	587,0 <sup>b)</sup>	393,1	35,9
1970 .....	2 551,4	106,1	471,5	739,6	234,2	142,9	367,7	448,1	41,2
1971 .....	3 041,2	120,6	516,9	912,2	287,1	166,2	469,1	516,9	52,1
1972 .....	3 352,8	135,1	609,9	999,0	293,3	197,9	472,0	582,1	63,6
<b>Amtsumlage, Verbandsgemeinde- umlage</b>									
1969 .....	304,3	23,9	-	201,9	-	52,9	-	-	25,6
1970 .....	271,2	26,4	-	162,3	-	54,5	-	-	28,0
1971 .....	342,9	36,9	-	201,6	-	67,8	-	-	36,5
1972 .....	369,8	44,5	-	191,8	-	95,7	-	-	37,8

1) Ohne Samtgemeindeumlage.

a) Ohne Ruhrsiedlungsverbandsumlage. - b) Einschl. Schulumlage.

## 3. Kassenmäßige Ausgaben für Landesumlagen

Mill. DM

Art der Gebietskörperschaft Jahr	Insgesamt	Niedersachsen	Bayern	Saarland
<b>1969</b>				
Kreisfreie Städte .....	18,2	9,2	-	9,1
Kreisangehörige Gemeinden ...	52,3	-	-	52,3
Landkreise .....	16,8	16,8	-	-
Bezirksverbände .....	71,9	-	71,9	-
Insgesamt ...	159,3	26,0	71,9	61,4
<b>1970</b>				
Kreisfreie Städte .....	4,2	-	-	4,2
Kreisangehörige Gemeinden ...	18,3	-	-	18,3
Landkreise .....	-	-	-	-
Bezirksverbände .....	71,6	-	71,6	-
Insgesamt ...	94,1	-	71,6	22,5
<b>1971</b>				
Kreisfreie Städte .....	4,9	-	-	4,9
Kreisangehörige Gemeinden ...	19,2	-	-	19,2
Landkreise .....	-	-	-	-
Bezirksverbände .....	78,2	-	78,2	-
Insgesamt ...	102,3	-	78,2	24,1
<b>1972</b>				
Kreisfreie Städte .....	1,5	-	-	1,5
Kreisangehörige Gemeinden ...	26,3	-	-	26,3
Landkreise .....	-	-	-	-
Bezirksverbände .....	87,1	-	87,1	-
Insgesamt ...	114,9	-	87,1	27,7